

Wir in Reinbek!

Liebe Reinbeker,

ein auf kommunaler Ebene durchwachsenes Jahr 2012 neigt sich dem Ende zu. Wichtige Projekte konnten in Reinbek voran gebracht werden, andere dringend notwendige Entscheidungen wurden erneut infolge Mutlosigkeit verschoben. Die leider bei einigen Kommunalpolitikern latent vorhandene Angst vor Entscheidungen und der damit verbundenen Verantwortung ist für viele Reinbeker und auch für mich schwer nachvollziehbar. Mit diesem 19. Flugblatt will ich Ihnen einen kurzen Überblick zu den wichtigsten politischen Themen in Reinbek aus meiner Sicht geben.



1. Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Die Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Stadtteil Hirschendorf wird erst im Jahr 2013 beginnen. Die umweltgefährdenden Quecksilberdampflampen werden gegen moderne, energiesparende und wartungsarme LED-Lampen ausgetauscht. Die zu erzielende Energieeinsparung sorgt für eine Amortisation dieser Maßnahme in einem überschaubaren Zeitraum. Ein im Frühjahr 2012 noch durch die alte Landesregierung verabschiedetes Gesetz bot die Möglichkeit, dass in diesem Fall auf die sogenannten Ausbaubeiträge verzichtet werden konnte. Die Verwaltungskosten für die Erhebung dieser Beiträge von den Bürgern hätten aus unserer Sicht die Einnahmen überschritten. Daher haben sich die Reinbeker Liberalen dafür eingesetzt, keine Ausbaubeiträge zu erheben. Diese Auffassung wurde glücklicherweise von allen Fraktionen geteilt, so dass durch die Anwohner zu zahlende Ausbaubeiträge für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung **nicht** durch die Stadt erhoben werden. Allerdings plant die neue Landesregierung eine Gesetzesänderung zum Nachteil der Anwohner, deren Auswirkungen im Detail zurzeit schwierig abzuschätzen sind.

2. Feuerwehrgebäude in der Klosterbergenstraße

Obwohl ein gültiger Feuerwehrbedarfsplan seit vielen Jahren vorhanden ist und laufend aktualisiert wird, wurde gegen die Stimmen der Reinbeker Liberalen ein externer Gutachter mit der Erstellung eines neuen Bedarfsplanes beauftragt. Leider liegt dieses Gutachten nach nunmehr zehn Monaten immer noch nicht vor. Die vorab veröffentlichten Auszüge zeigen jedoch eine absolute Übereinstimmung mit den bisherigen Einschätzungen durch die Gemeindeführung und die bereits befragten Experten auf Kreis- und Landesebene: Die einzig sinnvolle Lösung, insbesondere unter Berücksichtigung der langfristigen finanziellen Folgen für die Stadt Reinbek, ist ein Neubau der Reinbeker Feuerwache an einem anderen zentral gelegenen Standort. Diese Auffassung haben die Reinbeker Liberalen, auch aufgrund der Fürsorgepflicht für die ehrenamtlich tätigen Feuerwehrkameraden, bereits nach Auswertung der Unterlagen im Jahr 2011 vertreten. Immerhin sind die anderen Fraktionen so mutig, nun gemeinsam mit uns Planungskosten für einen Neubau im Haushaltsjahr 2013 vorzusehen. Die Aufnahme der erforderlichen Baukosten in die Finanzplanung der Jahre 2014 und 2015 wurde jedoch von den anderen Fraktionen verweigert. Man steckt also weiter den Kopf in den Sand.

3. Entwicklung von Wohnbauflächen in Reinbek

Mehrere Fraktionen haben versucht, für den Bereich Schönningstedt umfangreiche neue Wohnbauflächen auszuweisen. Dies hätte den Stadtteil Schönningstedt auf einen Schlag um 50 % vergrößert. Nach unserer Auffassung berücksichtigen derartige Planungen, die in erster Linie dazu dienen das Ego einiger Kommunalpolitiker zu befriedigen, nicht die Bedürfnisse der bereits in

Seien Sie wählerisch.

FDP

Die Liberalen

Reinbek lebenden Menschen. Die Auswirkungen auf Verkehr, Infrastruktur, soziale Strukturen und die Finanzen der Stadt werden von den Befürwortern großflächiger neuer Wohngebiete ignoriert. Glücklicherweise fand sich für diese Planungen keine politische Mehrheit.

Aus unserer Sicht ist eine maßvolle Ausweisung von Wohngebieten entsprechend dem vorhandenen Flächennutzungsplan und eine Weiterentwicklung in den vorhandenen Wohngebieten der bessere Weg. Passend zu diesen Kriterien sind zurzeit 3 Bebauungspläne in Reinbek baureif beschlossen, vier weitere befinden sich im Aufstellungsverfahren. Von einem Stillstand oder gar Notstand für Bauflächen, wie oft behauptet wird, kann daher keine Rede sein. Eine grundsätzliche Entscheidung, welche Entwicklung Reinbek in Bezug auf Wohnbauflächen nehmen will, ist aus unserer Sicht überfällig.

5. Kinderbetreuung und Sozialarbeit

Inzwischen vertreten alle Reinbeker Fraktionen unsere Auffassung, dass Kinderbetreuungsplätze orientiert am Bedarf der Eltern zur Verfügung gestellt werden sollten. Reinbek befindet sich, was den Stand des Ausbaus an Betreuungsplätzen angeht, auf einem hohen Niveau. Dennoch kann es im Einzelfall zu Engpässen kommen. Die zuständigen Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung versuchen hier nach meinem Eindruck mit viel Engagement jeweils Abhilfe zu schaffen. Für die Reinbeker Schulen wurde eine weitere Schulsozialarbeiterin eingestellt, darüber hinaus wurde das Projekt der Straßensozialarbeit im Bereich Täbyplatz durch die Stadt finanziell gesichert. Trotz aller lobenswerten staatlichen Bemühungen sollten aus liberaler Sicht die Eltern weiterhin die Hauptverantwortung für die Erziehung Ihrer Kinder tragen. Aufgabe des Staates sollte es sein Hilfe und Unterstützung dann zu leisten wenn Eltern diese benötigen. Die Entscheidungsfreiheit über das Erziehungsmodell sollte bei den Eltern und nicht beim Staat liegen, es sei denn Eltern sind der Erziehungsaufgabe nicht gewachsen.

7. Verkauf städtischer Immobilien

Die Stadt Reinbek verfügt über einen kleinen Bestand an Wohnimmobilien. Bis auf das als Kinder- und Jugendtreff genutzte Haus in der Schulstraße 15, handelt es sich um Objekte mit Mietwohnungen, die infolge mangelnder eigener Kompetenz extern verwaltet werden. In den letzten Jahren haben die Kosten für Instandhaltung und Verwaltung dieser Gebäude fast immer die Mieteinnahmen überstiegen. Daher wurde schon 2011 der Grundsatzbeschluss gefasst, diesen Immobilienbestand zu verkaufen. Nach umfangreichen Ausschreibungsverfahren werden die Immobilien zum 01.01.2013 durch eine lokal ansässige Familie übernommen. Für die Mieter sowie für das Haus Schulstraße 15 wurde ein umfangreicher Bestandsschutz vertraglich fixiert. Die Stadt erhält weitreichende Rechte zur Belegung von frei werdenden Wohnungen. Die Erlöse von ungefähr vier Millionen Euro sorgen dafür, dass in 2013 keine zusätzlichen Kredite aufgenommen werden müssen. Dieser einmalige Effekt darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch weiterhin sparsam und verantwortungsvoll mit den anvertrauten Steuereinnahmen umgegangen werden muss, um auch in den Folgejahren auf neue Schulden verzichten zu können.

8. Kommunalwahl 2013

Am 26. Mai 2013 findet in Schleswig-Holstein die Kommunalwahl statt. Auch in Reinbek sind die Stadtverordneten neu zu wählen. Ich habe mich entschlossen, wieder als Kandidat für den Wahlkreis Hirschendorf anzutreten. Sie haben mich und meine Art, an politische Aufgabenstellungen heranzugehen, durch meine halbjährlichen Informationen ein wenig kennen gelernt. Ich freue mich, wenn Sie dieses Wissen in Ihre Entscheidungsfindung einfließen lassen, während Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Ich wünsche Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest sowie Gesundheit, Glück und Erfolg. Gehen Sie mit Optimismus und Zuversicht in das Jahr 2013.

Reinbek, den 14. Dezember 2012

Bernd Uwe Rasch
FDP-Fraktion Reinbek
Schaumanns Kamp 2d
21465 Reinbek
Telefon: (040) 727 95 82
rasch@fdp-reinbek.de